

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1936

8.1.1936 (No. 6)

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 2.-Mk. im voraus, im Verlag od. in den Zweigstellen abgeholt 1.70Mk. Durch die Post bez. monatl. 2.-Mk. zusätzl. 36Pfg. Zustellgeld Einzelpreise: Wochens-Nummer 10 Pfg. Samstag/Sonntag-Nummer 15 Pfg. Im Fall höherer Gewalt hat der Verleger keine Anspüche bei verdrücktem oder Nichterföllen der Zeitung. Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. des Monats z. B. Monats-Beuten angenommen werden Anzeigenpreise: Die 22 mm breite Millimeter-Zeile 8 Pfg. Stellen-Gesuche (nur 1- oder 2-spaltig) und Angebote, Familien- u. 1- und 2-spaltige Gelegenheits-Anzeigen von Privaten ermäßigter Preis. Die 94 mm breite Millimeterzeile im Vertikal 55Pfg. Bei Mengenablässen Nachlaß nach Staffeln B. Die Nachlässe treten bei Kontanten außer Kraft. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe am Rhein. Für unbetenat überandte Beiträge übernimmt die Schriftleitung keine Haftung

Badische Presse

und
Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Badens große Heimatzeitung
Karlsruhe, Mittwoch, den 8. Januar 1936

Einzelpreis 10 Pfg.

Nummer 6

Eigentum und Verlag: Süddeutsche Druck- und Verlags-Gesellschaft m. B. G., Karlsruhe am Rhein. Hauptgeschäftsführer: Dr. Otto Schenck. Stellvertreter: Max Böde. Preisverteilung: Für Postamt: Joh. Jakob Klein; für Badische Chronik und Sport: Hubert Doerrhaid; für Lokales und Briefkasten: Kurt Sinder; für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung: Max Böde; für den Angelegenheits-Teil: Ludwig Meißel; familiäre in Karlsruhe. Berliner Schriftleitung: Dr. Kurt Meyer. Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053. Hauptgeschäftsstelle: Karl-Friedrich-straße 6. — Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 19 300. — Beilagen: Sport u. Heimat, Film und Kallio, Film und Kunst / Roman-Blatt / Deutsche Jugend / Sport-Blatt / Frauen-Zeitung / Vaterzeitung / Landwirtschaft, Gartenbau / Karlsruher Vereinszeitg. D. N. XII. 35: 21 180. Bl. 7.

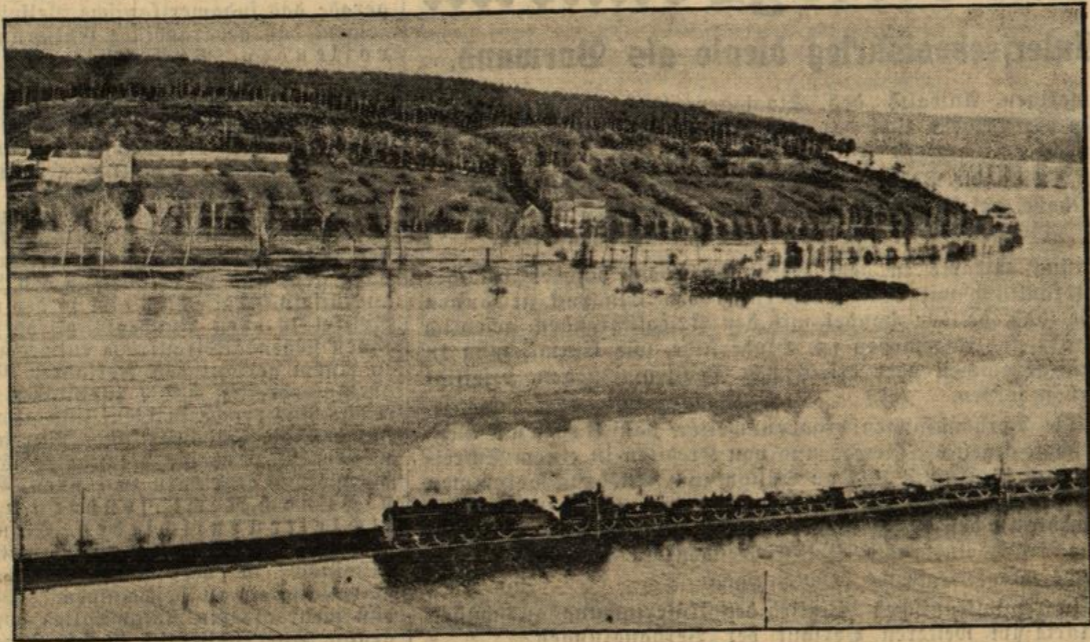
Die Hochwasserkatastrophe in Frankreich:

Panikartige Flucht vor den Fluten.

Nantes, ein zweites Venedig — Menschenmassen fliehen ins Hinterland — Ganze Dörfer geräumt.

T. Paris, 8. Jan. (Drahtmeldung unseres Vertreters.) Voraussetzungen der Wetterbeobachtungsstellen erlauben trotz der verhältnismäßig geringen Regenfälle des gestrigen Tages noch keine Hoffnungen auf baldige Beseitigung der Hochwassergefahr. Während die Rhône und die Garonne einen Stillstand zeigen beziehungsweise

allmählich sinken, steigen die Seine und Loire weiter an. Im Mittelpunkt der Gefahr und der allgemeinen ernstesten Beunruhigung bleibt Nantes und seine engere Umgebung. Man befürchtet den Durchbruch des nach der großen Ueberschwemmung im Jahre 1910 erbauten Schuttdammes, der die unmittelbare Umgebung von Nantes mit zahlreichen Dörfern begraben würde. Nantes ist zu einem Venedig geworden. Die Straßenbahnen verkehren nicht mehr. In einigen Stadtteilen funktionieren weder Gas noch Elektrizität. Die Fußgänger können sich nur mehr auf den in den Hauptstraßen aufgeschlagenen Brückenwegen fortbewegen.



Der letzte Zug fährt durch die Wasserwüste auf der Strecke Paris—Bordeaux, die inzwischen völlig überschwemmt wurde.

Das Wasser steigt stündlich. Die Auswanderung hat seit gestern in großem Stil begonnen. Eine unübersichtbare Karawane von Menschen mit Hab und Gut und

Tieren bewegt sich auf den wenigen zur Flucht noch offenen Landstrichen. Ganze Dörfer schließen sich an. Einige versuchen, mit Rähnen noch ihre Ernte zu retten. Eine wahre Panik in m u n g hat die Gegend erfasst. Die beängstigende Frage ist, ob der erbaute Schuttdamm unter Umständen nicht absichtlich von der Wasserpolyzei eingestürzt werden muß, um

die gespannten Wasserfluten von Nantes abzuleiten, auch um den Preis der Zerstörung der zahlreichen und außerordentlich reichen Siedlungen, die dieser Damm schützt.

Streikkrawalle in Buenos Aires.

Bis jetzt 5 Tote und viele Verwundete / Fahrzeuge umgestürzt und verbrannt.

Buenos Aires, 8. Jan. Zur Unterdrückung des bereits zwei Monate andauernden Bergarbeiterstreiks war am Dienstag früh in Buenos Aires ein 24stündiger Generalfreik ausgerufen worden. Dieser Streik hat im Laufe des Tages eine Entwicklung genommen, die auf eine Einmischung trüber Elemente schließen läßt.

Verstiebtlich kam es zu Schießereien, bei denen, soweit bisher bekannt geworden ist, drei Polizeibeamte und zwei Zivilisten getötet sowie zahlreiche Personen verwundet wurden.

In einigen Gegenden am Rande der Stadt Buenos Aires übten die Streikenden eine Gewalt Herrschaft aus, so daß die Polizei Maschinengewehrposten aufstellte. In anderen Stadtteilen ruhte jeder Verkehr; die Läden wurden teilweise gewaltsam geschlossen, so im Stadtteil Flores, u. a. viele jüdische Geschäfte. Zwei Eisenbahngesellschaften mußten den Verkehr sehr stark einschränken und streckenweise gänzlich einstellen, da das Personal freitete bzw. an einer Stelle die

Schienen auftrif, während an anderen Orten Eisenbahnwagen in Brand gesteckt wurden. Ein nach Buenos Aires fahrender internationaler Zug mußte auf einer Vorortstation angehalten werden. In den Außenbezirken von Buenos Aires wurden zahlreiche Omnibusse, einige Straßenbahnwagen sowie viele andere Fahrzeuge, darunter Lastkraftwagen, umgestürzt und verbrannt. An einer Stelle wurde auch eine Bombe geworfen. Im Innern der Stadt herrschte dagegen völlige Ruhe bei starker Verkehrsbeschränkung und teilweisem Geschäftsschluß. So beurlaubten die meisten Banken ihre Angestellten kurz nach Mittag. Gegen Abend nahm der Verkehr in der Innenstadt wieder zu. Soweit bisher bekannt, wurden 150—200 Personen verhaftet, darunter sogenannte Arbeiterführer mit meist ausländischen östlichen Namen.

In einigen Provinzstädten wurde am Dienstag ebenfalls der Generalfreik ausgerufen, der grotzentheils zur Stilllegung der Betriebe führte.

Die Abmachungen der Westmächte.

England jagt: nur für den Fall eines militärischen Konfliktes.

S. London, 8. Jan. (Drahtmeldung unseres Vertreters.) Eine gestrige Pariser Meldung, daß die englisch-französischen Militärverhandlungen jetzt endgültig abgeschlossen seien und eine „reife Zusammenarbeit zu Land, zu Wasser und in der Luft“ ergeben hätten, ist sachlich insofern richtig, als auch die letzten technischen Unterhändler Englands die französische Hauptstadt verlassen haben. Die Hauptverhandlungen waren, wie wir seinerzeit berichteten, schon vor Jahresende durchgeführt. In den letzten Tagen dürften noch einige technische Einzelheiten geklärt worden sein.

Bei dieser Gelegenheit sei nochmals bemerkt, daß von englischer Seite auf das Bestimmteste versichert wird, daß sich die Abmachungen ausschließlich auf die Möglichkeit eines militärischen Konfliktes beschränken. Französische Versuche, sie zu einer englischen Militär-

garantie für die deutsch-französische Grenze auszubauen, sind von britischer Seite abgelehnt worden. Die englischen Unterhändler haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die französischen Wünsche grundsätzlich nur politische Fragen aufwürfen, die gegenwärtig noch nicht spruchreif seien.

Der diplomatische Korrespondent der „Morningpost“ meint heute, daß Lavals Nachgiebigkeit in der Außenpolitik letzten Endes ein „Verdienst“ Mussolinis sei. Die aggressive Rede des Duce in Fontinua zur Zeit des Laval-Hoare-Friedensplanes habe in Paris einen überaus schlechten Eindruck gemacht. Laval habe damals dem italienischen Botschafter erklärt, daß er künftig keine Befriedungsversuche mehr unternehmen werde. Ob Lavals Schwankung allerdings soweit gehe, daß er nun weiteren Sanktionen zustimmen werde, sei zweifelhaft. Er ist aber nicht mehr so unbedingt gegen einen Erdölban wie bisher.

Die Volksfront.

Von Dr. Paul Graf Toggenburg unserem Vertreter in Paris.

Gestern gab an dieser Stelle unser Pariser Vertreter eine Darstellung der Organisation der Feuerkreuzler. Heute berichtet er über deren Gegenpol im innerpolitischen Kampfe Frankreichs, die Volksfront.

Was hat die radikale Linke im Falle revolutionärer Ereignisse in Frankreich den militärischen Rechtsverbänden entgegenzusetzen? Die Macht der radikalen Linken, zusammengefaßt in der sozialistisch-kommunistischen sogenannten „Volksfront“, ist politisch offensiv, kampftchnisch defensiv. Der seit Jahren in Erwartung einer gewaltsamen Lösung des uralten Gegensatzes zwischen der französischen Rechten und Linken geprägte Satz: „Die Linke ist eine Wählermasse, die radikale Rechte eine Truppe“ — hat ohne Zweifel auch heute noch mit gewissen Einschränkungen Geltung. Erst in letzter Zeit, d. h. nach den drohenden Vorzeichen der Revolutions-tage vom Februar 1934, hat die radikale Linke Maßnahmen zur Schaffung einer eigentlichen Kampforganisation getroffen. Wie weit diese Maßnahmen heute schon fortgeschritten sind, ist sehr schwer zu sagen, da die marxistische Volksfront mit größter Strenge darauf achtet, daß ihre Kampfhandlungen nur als „Improvisationen“ in Erscheinung treten. Gerade die Tatsache aber, daß die nationalen Wehrverbände eine offene Organisation besitzen, die bei jedem Aufmarsch zu überprüfen ist, die Marxisten in Frankreich aber mit unkontrollierbaren, immer mit Erfolg geführten Einzelaktionen operieren, zwingt dazu, ihre Kampfkraft keineswegs zu unterschätzen. So ist es den Marxisten in letzter Zeit wiederholt gelungen, Versammlungen der Feuerkreuzler in der Provinz zum großen Erfahren des Gegners auszuheben. Hinzu kommt die gewissermaßen instinktmäßige Veranlagung, die der Franzose gerade jener für eine Linksaktion in Frage kommenden Kreise für revolutionäre Taktik besitzt. Wie blühend auch ohne feste Organisation dieser Masseninstinkt reagiert, haben die Tage nach dem 6. Februar 1934 gezeigt, in denen Paris Gefahr lief, von den „improvisierten“ Stoßtrupps der Arbeitervorstände überrannt zu werden.

Die ganz unabhängigen Möglichkeiten und Reserven, die sich der marxistischen Einheitsfront aus ihrer politischen Machtstellung in Frankreich ergeben, liegen auf der Hand. Ein Blick auf die politische Verteilungskarte Frankreichs beweist, daß die Volksfront in der Provinz in Zusammenarbeit mit den Radikalsozialisten etwa zwei Drittel aller Departementen mit erdrückender Mehrheit in Händen hat, von 858 Gemeinden mit über 50 000 Einwohnern 450 rein marxistische beherrscht! Unter ihnen die strategisch wichtigsten Vorortstädte der Pariser Umgebung, sämtliche großen Hafenstädte, die Mehrzahl aller Provinzstädte, insbesondere die strategisch maßgebenden Knotenpunkte. Was die unmittelbar mobilisierungsfähige Anhängermasse betrifft, so können als einsatzbereite militante Kräfte rund 50 000 eingeschriebene Mitglieder der Kommunisten und etwa ein Drittel der 110 000 eingeschriebenen Sozialisten angesehen werden. Hinter ihnen stehen nach Millionen zählend die sogenannten sympathisierenden Kräfte, einschließlich der Radikalsozialisten, die mit dem Schlagwort „Die Republik in Gefahr“ ohne weiteres dazu zu bringen sind, ihren alten Militärrevolver oder ihre verrostete Schrotflinte vom Haken zu nehmen. Das kämpferisch jedoch zunächst maßgebende Element bilden die Kommunisten, die wie mehrfach nachgewiesen wurde, in fast allen Nervenzentren des Landes, den großen Fabriken, den Eisenbahnknotenpunkten, den Postzentralen, den Waffenarsenalen und Munitionsfabriken und sogar in den Kasernen organisiert haben. Hinzu kommt die weitverzweigte Organisation der Arbeiter- und Landwirtschaftsgewerkschaften, die Frontkämpferverbände der Linken, die kommunistischen und sozialistischen Intellektuellenkomitees usw. Vor allem aber ist die in ihren Auswirkungsmöglichkeiten sehr bedeutende Organisation, die vor wenigen Monaten gebildete Vereinigung der sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaften, in Rechnung zu stellen. Diese Organisation besitzt die Mehrheit in fast sämtlichen für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens notwendigen Betrieben und kann durch eine Generalfreiparade ganz Frankreich zum Stillstand bringen. Ein Generalfreik würde eine Aktion der nationalen Verbände auch im Falle einer in wenigen Stunden durchzuführenden „Eroberung von Paris“, wenn nicht lähmen, so doch stark behindern. Allerdings kann, auf längere Sicht gesehen, sich ein solcher Generalfreik auch gegen seine Urheber selbst auswirken, da die nationalen Verbände, wie wir gezeigt haben, weitgehend motorisiert sind, während eine Mobilisierung der Marxisten ohne Bahn- und Postverkehr schwer vorstellbar ist.

Die Volksfront hat in bescheidenem Umfang militärische Kampfverbände aufgestellt. Die Schlagkraft dieser Stoß-

trupp ist jedoch an der überlegenen technischen Ausbildung der faschistischen Verbände gering. Die Volksfront hat aber mit Absicht die Aufstellung solcher militärischer Verbände in größerem Umfang vermieden, da nach alter französischer Revolutionstheorie das Schwergewicht im Ernstfall auf die „Erhebung der Masse und Selbstverteidigung des Volkes“ gelegt werden soll. Eine solche spontane, nur durch den bloßen Alarmruf „Republik in Gefahr“ ausgelöste Massen-erhebung vorzubereiten und sicherzustellen, das ist der Kern der marxistischen Vorbereitungen in Frankreich. Sehr deutlich wird dieses Ziel durch da und dort in Frankreich „probenweise“ durchgeführte Alarm erkennbar. Um nur einige Beispiele aus der letzten Zeit zu nehmen, wurde in Südfrankreich unter dem Motto eines fingierten Putches der Feuerzweiger in wenigen Nachtstunden die Mobilisierung der marxistischen Gruppenführer, Verbindungsleute und ihrer militanten Anhänger durchgeführt. In Lille wurde auf die gleiche Weise der Beweis erbracht, daß binnen zwei Stunden in der Stadt ein Volksaufstand inszeniert werden kann. Die Schlagkraft der Volksfront liegt gerade in dieser Möglichkeit begründet, unabhängig von einer Gesamtorganisation, also auch unabhängig von den Ereignissen in Paris, jeweils in den verschiedenen Teilen Frankreichs auf eigene Faust zur Aktion überzugehen und sich in Verteidigungs- oder Angriffszustand zu versetzen. Die Linke ist politisch Herr in Frankreich, sie kann überrollt werden, beispielsweise durch eine Aktion der Feuerzweiger in Paris oder in anderen Städten, sie hat aber dann immer noch hundert Möglichkeiten, die gegnerische Offensive zum Einhalten zu bringen, sich da und dort verweigert zu verteidigen, schrittweise verlorenen Boden wiederzugewinnen und letzten Endes das Übergewicht zu behalten, da ihr zwei Drittel des Landes politisch gehören, immer vorausgesetzt, daß die Armee außerhalb der Streitenden bleibt.

Im marxistischen Generalfstab rechnet man jedenfalls mit

der Möglichkeit eines faschistischen Handreichs auf Paris. In diesem Falle bliebe der Volksfront immer noch die Möglichkeit, die Hauptstadt durch ihre in den Gewerkschaften vereinigte Kraft richtiggehend auszuhungern mit dem Versuch, die gesamte Lebensmittelzufuhr nach Paris zu sperren. Bekanntlich sind in den als Stichprobe mehrfach erwähnten Revolutionstagen des Februar 1934 verschiedene Provinzgemeinden bereits zur Lebensmittelsperrre vorübergehend übergegangen. Das Problem des „Band von Paris“ muß im Mittelpunkt aller Wahrscheinlichkeitsberechnungen über einen Bürgerkrieg stehen. Seine Lösung wird davon abhängen, ob die legale Regierung an der Macht bleibt, oder die Gewalt auf eine Aufständische Regierung übergeht. In letzterem Falle wäre ein Kampf zwischen Hauptstadt und Provinz um die Lebenszufuhr nach Paris unvermeidlich. Im ersteren Falle dagegen hätte die Regierung nur den vorliegenden geheimen Verschwörungsplan in Wirksamkeit zu setzen, der in allen Einzelheiten durch eine aus hohen Beamten der Regierung, der Eisenbahnverwaltung, der Straßenverwaltung und der Polizeipräferenz gebildete Kommission festgelegt worden ist.

Die Kampfkraft bzw. Widerstandskraft der Volksfront kann dahingehend zusammengefaßt werden, daß sie defensiv auf längere Sicht einen Putch der nationalen Verbände scheitern lassen könnte, allerdings nur, wenn die Regierung und ihre Nachmittel, Armee und Polizei neutral bleiben. Sollte die radikale Linke nach ihrer parlamentarischen Machtergreifung es auf einen Zusammenstoß mit der Rechten ankommen lassen, dann würde die Entscheidung davon abhängen, wie weit Armee und Polizei neutral bleiben. Es bleibt also auch für jede Aktion der marxistischen Linken Armee und Polizei die entscheidende aber große Unbekannte.

Die Schiedsrichterrolle der staatlichen Nachmittal wird in einem Schlußartikel behandelt.

Blick in die Zeit:

Der Volkshewismus auf der Anflagebank.

Die Note, mit der Uruguay die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland abbricht, liegt jetzt im Wortlaut vor. Sie ist eine einzige schwere, mit handfesten Beweisen begründete Anflage gegen den Volkshewismus, denn sie erbringt den doppelten Nachweis, daß der brasilianische Aufstand in der Sowjetbotschaft Hausfreund war; daß also Moskau die diplomatischen Beziehungen zu Uruguay nur ausnützte, um in anderen südamerikanischen Ländern die Kunde ans Pulverfaß legen lassen zu können. Sie erbringt den weiteren Nachweis, daß die kirchlichen Unterscheidungen der russischen Regierung und der kommunistischen Zentrale nur eine Fiktion ist. Tatsächlich spielt der Volkshewismus nur je nach Belieben abwechselnd auf zwei verschiedenen Klavieren. In der praktischen Handhabung ist die sowjetrussische Regierung nur das ausführende Organ der kommunistischen Zentrale und umgekehrt; je nach dem jeweils wechselnden Bedarf.

Uns Deutschen wird damit nichts Neues gesagt. Wir wissen das seit langem, wissen es schon seit gegen Kriegsende die russische Vertretung in Berlin bei der Vorbereitung der deutschen Revolution ertrapt wurde. Auch andere Länder hätten ja eigentlich hinreichend ihre Erfahrungen sammeln können. Der Sinowjewbrief, über den England sich vor Jahren aufregte, war unmissverständlich genug. Und wer die Taktik der Kommunisten — um nur zwei Beispiele herauszugreifen — in Frankreich und in der Tschechoslowakei mit den Weisheiten vergleicht, die auf dem letzten Moskauer Kongress herausgegeben worden sind, der sieht auch darin nur einen Beweis für die Doppeltzüngigkeit und die Hinterhältigkeit der bolschewistischen Propaganda. Die Gefahr liegt also greifbar genug zutage.

Trotzdem gibt es immer noch Regierungen, die darüber hinwegsehen wollen, weil sie aus politischen Gründen die Sowjets für sich glauben brauchen zu können, oder weil sie hoffen, daß sie weit genug vom Schuß sind, um immer noch rechtzeitig im letzten Augenblick vorbeugen zu können. Aber gerade das südamerikanische Beispiel sollte doch deutlich genug zeigen, daß geographische Entfernungen für die Macht des rollenden Rubels und seine Propagandamethoden kein Hindernis sind.

Es gehört deshalb auch ein gut Teil Unvorsichtigkeit dazu, wenn gleichzeitig mit der Veröffentlichung der belastenden Note die Sowjetregierung im Völkerbundsekretariat den offiziellen Antrag gestellt hat, Uruguays Vorgehen auf Grund des Artikels 12 auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu legen. Die Russen möchten also den Spieß umdrehen und nun ihrerseits als Ankläger auftreten. Wir werden mit einiger Spannung verfolgen, wie der Völkerbund sich dazu stellt und ob er wirklich den Mut haben sollte, Uruguay zu rüffeln. Tatsächlich gibt ja der von den Russen angezogene Artikel 12 allen Bundesmitgliedern das Recht, eine zwischen ihnen stehende Streitfrage entweder einem Schiedsgericht oder in einem gerichtlichen Verfahren oder der Prüfung des Rates zu unterbreiten. Die juristischen Voraussetzungen für eine große Aussprache in Genf sind also gegeben und wir nehmen an, daß die Südamerikaner hinreichend Material haben, um weitere Beweise für die staatsgefährliche Tätigkeit des Volkshewismus erbringen zu können. Aber in Genf wird ja nicht nach Recht, sondern nach politischen Möglichkeiten entschieden. So wird der Rat vor die etwas peinliche Notwendigkeit gestellt, entweder den vielgeschäftigen Himmler zu verurteilen oder dem Kommunismus seine Harmlosigkeit zu bescheinigen. Wir könnten uns vorstellen, daß mehr als ein Ratmitglied vor dieser Alternative etwas graust. Aber schließlich ist das ganze Spiel die nothenbedingte Folge der Voreiligkeit, mit der Sowjetrußland als vollwertiger Partner in den Rat aufgenommen wurde.

Morgan und Amerikas Kriegseintritt.

Geldinteressen gaben den Ausschlag / Der Unterseebootskrieg diente als Vorwand.

m. Berlin, 8. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Geschichtsforscher aller Länder, vornehmlich aber der Vereinigten Staaten, werden in diesen Tagen für ihre Arbeiten, soweit sie sich auf den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg beziehen, durch den Rüstungsuntersuchungsausschuß des Senats der Nordamerikanischen Union neues und hochinteressantes Material erhalten. Denn nicht weniger als acht Monate sind allein die Archive des Bankhauses Morgan von Beauftragten des Ausschusses durchstöbert worden, um festzustellen, wie weit Morgan und andere Finanzgewaltige der Vereinigten Staaten irgendwie an dem Eintritt Nordamerikas in den Weltkrieg interessiert waren und die Kriegserklärung an Deutschland gefördert haben. Morgan selbst hat bereits in einer öffentlichen Erklärung behauptet, daß die amerikanischen Geldfürsten mit der Beteiligung der Vereinigten Staaten am Weltkrieg nicht das geringste zu tun hätten und daß lediglich der deutsche Unterseebootskrieg die Union veranlaßt habe, an die Seite der Alliierten zu treten.

Wir haben uns in der Vergangenheit schon wiederholt mit dieser These auseinandergesetzt, wir haben auf die von Anfang an stark durchlöchernte Neutralität der Vereinigten Staaten aufmerksam gemacht, wir haben auf die Kriegslieferungen und die finanzielle Unterstützung der Ententemächte hingewiesen und immer wieder die Frage gestellt, ob man nicht letzten Endes

den Unterseebootskrieg nur zum Vorwand genommen hat, um Geldsachinteressen sicherzustellen.

Die großen Bankhäuser, Morgan vorneweg, sind zwar zu ihrem Gelde wieder gekommen, sie haben auch enorme und geradezu unvorstellbare Gewinne durch das Menschenmorden in Europa erzielt, den Schaden hat allerdings der amerikanische Steuerzahler zu tragen, denn die mit Hilfe dieser Bankhäuser gestarteten großen Kriegsanleihen zugunsten der Alliierten sind nicht mehr zurückgezahlt worden und werden wohl auch niemals mehr durch die Schuldner abgedeckt werden.

Netzt hat der Senator New die Vorgeschichte des Kriegseintritts der Vereinigten Staaten in einer Rundfunkansprache angeschnitten. Er hat ausdrücklich festgestellt, daß der vollkommenen der Tatsachen verkenne und dem einwandfreien Beweismaterial gegenüber blind sei, der behauptet, der deutsche Unterseebootskrieg und nicht die Handelsinteressen hätten letzten Endes Amerikas aktive „eifrigste Teilnahme“ herbeigeführt. New stellt also die Behauptung auf, daß nicht im Weißen Haus, sondern an der Wallstreet beschlossen worden sei, in den Krieg einzutreten und daß sich die amerikanische Regierung den Einwirkungen der Kreise, die ein materielles Interesse an der Kriegführung gegen Deutschland hatten, gebeugt habe.

New wird selbstverständlich seine Behauptungen im Untersuchungsausschuß, der gestern zusammengetreten ist, erhärten. Es stehen uns also sehr interessante Erhebungen bevor, die ein bezeichnendes Bild auf die eigentlichen Gründe des Kriegseintritts Amerikas werfen werden.

Der Ausschuß hat, wie aus Newport gedrachtet wird, bereits am ersten Tage versucht, J. P. Morgan selbst auf den Zahn zu fühlen. Der Bankgewaltige sagte dabei aus, daß sein Bankgeschäft den Alliierten im Jahre 1915 Darlehen gewährt habe, nachdem Präsident Wilson seine Einwilligung dazu erteilt hätte. Obwohl Morgan behauptet, daß die „deutschen Handlungen“ und nicht die internationalen Geldgeschäfte Amerikas in den Weltkrieg hineingezogen hätten, erklärte er, daß die Sympathien seiner Firma von Anfang an auf Seiten der Alliierten gewesen seien.

Rabelstelegramme aus dem Archiv der Morganbank ergaben, daß kaum drei Tage nach Frankreichs Kriegseintritt Frankreich bei Morgan & Co. wegen einer Anleihe oder eines Handelskreditbesuches angefragt habe.

Auslagen und Schriftwechsel ergaben, daß das Staatsdepartement unter William Bryan dies mißbilligt habe. Präsident Wilson änderte jedoch die Lage, indem er einen weitgehenden Unterscheid machte und „Kredite“ gestattete, aber ein Anleiheverbot beibehielt. Die Mitglieder des Ausschusses kamen zu der Ansicht, daß die Wirkung von Anleihen und Krediten für alle praktischen Zwecke dieselbe sei. Morgan erklärte weiter, wenn die Regierung ihre Politik änderte, änderten wir die Anleihe.

Aus der Verhandlung ging weiter hervor, daß die Aenderung der Wilsonschen Politik in einem Geheimschreiben des

damaligen Anwalts des Staatsdepartements, Lansing, vom 23. Oktober 1914 dargelegt wurde. In diesem heißt es, daß

Wilson die Beseitigung der „Hindernisse“ gutgeheißen habe, auf die Morgan und andere Bankiers bei ihren Geldgeschäften mit den Alliierten gestoßen seien.

Lansing erklärte in dem Geheimschreiben, daß er bei der Unterhaltung mit dem Präsidenten den Eindruck gewonnen habe, daß, da der Handel mit den Kriegsführenden gesetzlich erlaubt und angemessen sei, Hindernisse, wie Einmischung in Kreditabkommen oder erleichterte Devisenmethoden, beseitigt werden sollten.

Die Verhandlungen ergaben weiter, daß Bryans Gegnerschaft gegen die Gewährung von Krediten in einem Schreiben vom 10. August 1914 an Wilson zum Ausdruck gekommen sei, in dem Bryan erklärt: Wir sind die einzige große Nation, die in den Krieg nicht verwickelt ist, und unsere Weigerung, irgendeinem der Kriegführenden Gelder zu leihen, würde das Kriegsende beschleunigen.

Ein republikanisches Mitglied des Untersuchungsausschusses erklärte im weiteren Verlauf der Verhandlungen,

daß die frühzeitige Freundschaft Morgans für die Alliierten die Neutralitätspolitik Wilsons verlegt habe.

Die Richtigkeit des deutschen Kurzes.

Der englische Politiker Evans über die Hauptprobleme der Außenpolitik.

London, 8. Jan. In der Zeitschrift „The Nineteenth Century and after“ veröffentlicht der bekannte englische Politiker E. P. Connel Evans unter der Ueberschrift „Zwischen Berlin und London“ einen umfangreichen Artikel, der sich eingehend mit außenpolitischen Fragen Deutschlands beschäftigt und einen umfassenden Ueberblick über die Lage gibt. Der Artikel hebt sich vollständig von den vielen geschäftigen Neußerungen der letzten Zeit durch seine Objektivität ab und zeichnet sich durch seinen Sinn für fair play aus.

Connel Evans weist hier auf die deutschen Befürchtungen, welche dem Geist in Deutschland die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht vorgenommen worden sei. Deutschland habe Anspruch darauf, daß man ihm den guten Glauben zubillige, wenn es jetzt im Begriffe sei, die Gleichberechtigung zurückzugewinnen.

Der Verfasser spricht sich hierauf über die Politik des Führers in der polnischen Frage anerkennend aus. Die Lage, die durch die deutsch-polnische Verständigung geschaffen worden sei, habe zur Folge, daß Rußland, Polen und Deutschland es sich heute zweimal überlegen würden, bevor sie zur Gewaltanwendung schreiten. Könnte nicht Europa sich beglückwünschen, wenn ein schwerer Streitgegenstand seiner unmittelbaren Sorge entzogen worden sei?

Connel Evans weist hier auf die deutschen Befürchtungen hin, daß die Tschechoslowakei ein strategischer Stützpunkt Rußlands werde, und auf die Erklärungen Dimitroffs in Moskau, der offen gesagt habe, das Hauptziel der Dritten Internationale — und damit der Sowjetregierung — sei die Vernichtung der Hitler-Regierung.

Es sei also die deutsche Wiederaufrüstung als eine Sicherungsmäßnahme in einer gefährlichen Lage anzusehen und nicht etwa als eine Vorbereitung künftiger Eroberungen in Osteuropa.

Nach einer Würdigung der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei weist der englische Politiker sodann auf die Lage in Desterreich hin. Die österreichische Frage verlange eine Rechtsänderung, der sich bislang Frankreich und Italien auf das lebhafteste widersetzt hätten.

Die meisten Leute in Desterreich seien für eine bundesstaatliche Verbindung mit Deutschland und verabschiedeten die italienische Schutzherrschaft. Sich einer solchen Selbstbestimmung zu widersetzen, würde ein unerkennlicher Akt sein. Keine englische Regierung würde vor dem Volke einen Krieg rechtfertigen können, der etwa geführt werden

sollte, um die Verwirklichung dieses demokratischen Zieles zu verhindern.

Frankreich müsse eines Tages erkennen, daß eine Zusammenarbeit mit England weit nützlicher sei als ein Bündnis mit Rußland und als der Widerstand gegen die kulturelle Autonomie der deutschen Minderheit und gegen den österreichischen Wunsch nach Unabhängigkeit. Wenn Frankreich es aufrichtig damit meine, daß es nur Sicherheit wünsche, so dürfte der Augenblick für eine Erneuerung des Locarno-Paktes gekommen sein. Dies wäre geeignet, die französische Furcht vor Deutschland zu beseitigen.

Auf die Frage der Kolonien eingehend, meint Connel Evans, daß es sicher sei, daß Deutschland um eines Friedens in Afrika willen keinen Krieg mit England führen wolle. Das beweise das Flottenabkommen. Es sei deutlich, daß Deutschland kein großes Reich in Uebersee erstrebe. Um so mehr sei England verpflichtet, den deutschen Wünschen entgegenzukommen. Deutschlands Bestrebungen seien durchaus vernünftig. Deutschland wünsche bei der Beratung wichtiger Ereignisse mit dabei zu sein und seinen Teil zu Initiativen beizutragen.

Eine gemeinsame Anschneidung von Fragen sei überaus wichtig. Deutschland, Frankreich und England sollten es sich zur Gewohnheit machen, über alle sie gemeinsam berührenden Fragen sich gemeinsam zu beraten. Die Bedingungen müßten wieder geschaffen werden, um die von Hitler in seiner Rede vom 21. Mai vorigen Jahres vorgeschlagenen Wünsche auf Abschaffung der schweren Artillerie, der Tanks und des Bombenabwurfs auf die Zivilbevölkerung wieder in Rechnung stellen zu können.

Es sei erfreulich, daß die englische Regierung die Gelegenheit nicht habe vorbegehen lassen, auf ein Angebot einer Rüstungsbegrenzung zur See einzugehen. Das deutsch-englische Flottenabkommen habe die einzige Ursache für einen Konflikt zwischen beiden Ländern beseitigt. Neuerdings erkennen auch die Franzosen den Wert dieses Abkommens an. Der Vertrag ermöglichte eine allgemeine Rüstungsbegrenzung zur See.

Sir Samuel Hoare und Herr von Ribbentrop hätten in der Tat den Grundstein für ein allgemeines Friedensgebäude gelegt.

Connel Evans hofft, daß die britische Regierung auch andere Aenderungen mit Erfolg herbeiführen werde, die schließlich zur Befriedung Europas führen würden.

16 Divisionen kämpfen in den Tropen.

Südtiroler Alpenjäger nach Afrika verschifft / Rom am Jahrestag des Abkommens mit Laval.

ob. Rom, 8. Jan. (Drahtmeldung unseres Vertreters.) Entgegen dem Verbot, militärische Nachrichten zu veröffentlichen, gibt das offizielle „Giornale d'Italia“ die Entsendung der neugebildeten Alpini-Division „Val Pusteria“ nach Ostafrika bekannt. Am Montag um 18 Uhr seien auf dem „Conte Grande“ der Divisionsstab und die ersten Verbände und gestern um 18 Uhr auf dem „Conte Rosso“ weitere Formationen der Division Pusteria in See gegangen. Die gestern ausreisenden Bataillone gehörten dem 1. und 7. Alpini-Regiment an. Mit der Pusteria sei die Zahl der offiziell nach Ostafrika transportierten Divisionen des Heeres auf sieben gestiegen, mit den sechs Schwarzahmenden und drei Eingeborenen-Divisionen werden nach amtlichen Angaben in Kürze nicht weniger als 16 Divisionen in den Tropen kämpfen.

Der Zweck der oben stehenden überraschenden Meldung des römischen Regierungsorgans, das nach einer kassenden Lücke in der Berichterstattung der Truppentransporte plötzlich mit der Nachricht aufwartet, daß die Alpini aus dem Pusteria, also von der Grenze Oesterreichs, weggezogen würden, liegt auf der Hand.

Gestern, am Jahrestag der italienisch-französischen Abkommen vom 7. Januar 1935, erinnert die gesamte Presse an dieses Ereignis. Die Entsendung der Division Pusteria solle Frankreich beweisen, daß Italien auch anders könne, als im Januarvertrag steht. Für Deutschland jedoch solle sie eine schöne Geste sein, über deren Wert man sich indes nicht täuschen lassen darf. Da die Division, wie amtlich verlautet, neu gebildet worden ist, bleibt die Besetzung der italienischen Nordgrenze natürlich nach wie vor unverändert in gleicher Stärke bestehen. Ihr Name als Alpini-Division aus dem Pusteria läßt darauf schließen, daß es sich im wesentlichen um Südtiroler und Piemonteser handelt. Sie sollen, wie verlautet, in Abessinien an der Nordfront eingesetzt werden und seien ausgesucht und entandt worden, weil Marschall Badoglio gedroht habe, den Oberbefehl niederzulegen, wenn man ihm nicht raschestens Truppen schicke, die für den Gebirgskampf besonders vorgebildet und geeignet seien.

Was nun den „Jahrestag des so schnell vergessenen Vertrages“ anbelangt, so wird er von der gesamten Presse mit einer gewissen Würde ins Gedächtnis jener politischen Kreise zurückgerufen, die ihn bei seiner Geburt als einen wichtigen Faktor der „Nazifizierung“ Europas anerkannt hätten. Man gesteht ein, daß Frankreich und Italien an diesem für die beiderseitigen Beziehungen glücklichen Tage eine Koalition geschlossen, welche zur Folge hatte, daß „Frankreich die Südgrenze von Truppen entblößen“ konnte.

Von dieser merkwürdigen Koalition will nun ein römisches Abendblatt Deutschland nicht ausgeschlossen sehen. Die italienisch-französische Koalition sollte, so wird nochmals erinnert, zur italienischen Zusammenarbeit mit Jugoslawien und der Kleinen Entente führen und durch den in Stresa geschlossenen Donaupakt gekrönt werden. Die römische Presse hält sich an der Bedeutung des Vertrages als „einen soliden Schritt auf dem Wege zum Frieden und zur Zusammenarbeit“ fest. Deshalb sei es ein Vergehen „am Gesetze des europäischen Gleichgewichts“, was inzwischen im letzten halben Jahre verschiedene Staaten gegen Italien unternommen hätten. Italien, so wird beteuert, sei keineswegs schuld daran, wenn es anders, als im Vertrag vorgesehen, gekommen sei. Die Ursache wird nun zwar nicht Frankreich in die Schuhe geschoben, doch wird ihm vorgehalten, daß es seinen Verpflichtungen nicht genügend nachgekommen sei. „Die unsichtbare, jedoch substantielle aktive Gegenleistung“, dies stellt Rom heute mit Bitternis fest, ist ausgeblieben.

Parlamentauflösung in Spanien.

Madrid, 8. Jan. Der Ministerrat hat am Dienstag mittag beschlossen, von seinem Parlamentsauflösungsrecht Gebrauch zu machen und hat das Parlament mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Mehrheit des ständigen Parlamentsausschusses beschlossen hatte, die von der Rechten eingebrachte Anklage gegen die Regierung vor das Parlament zu bringen, das bekanntlich bis zum 31. Januar beurlaubt ist und infolge dessen zu diesem Zweck be-

sonders hätte einberufen werden müssen. Die Regierung hat beschloffen, den ersten Wahlgang der Parlamentswahlen am 16. Februar und den zweiten Wahlgang am 1. März abzuhalten. Der Landtag soll am 16. März wieder eröffnet werden.

*

Bei Lerida (Spanien) wurde von Linksradikalen eine Wallfahrtskirche in Brand gesteckt.

3 neue englische Luftgeschwader.

London, 8. Jan. (Drahtmeldung unseres Vertreters.) Im Monat Februar werden im Rahmen der britischen Luftrüstung in Mittelengland drei neue freiwillige Bombergeschwader der britischen Luft aufgestellt werden und zwar in der Nähe der Städte Leeds, Birkenhead und Liverpool. Die Geschwaderzahl der freiwilligen Lufttruppe erhöht sich damit auf 11, wozu fünf weitere Geschwader kommen, die je zur Hälfte mit Freiwilligen und Berufssoldaten bemannt sind. Der „Times“ zufolge ist aber auch die Umwandlung verschiedener Geschwader der Berufsflotte in freiwillige Hilfsgeschwader geplant, womit Offiziere und Besatzung für die aktive Luftflotte frei würden. Die „Times“ nennt die Geschwader von Bristol, Ulster, Kent, Lincolnshire und Nottinghamshire, die für solche Umwandlungen in Betracht kommen.

Begnadigung von Memeldeutschen?

London, 8. Jan. (Drahtmeldung unseres Vertreters.) Die „Morning Post“ erfährt aus Rowno, daß die litauische Regierung die baldige Begnadigung der im vergangenen Sommer verurteilten Memeldeutschen „ernsthaft erwäge“. Die Amnestie werde vermutlich am 15. Januar bekanntgegeben, dem Jahrestag der litauischen Befreiung des Memellandes. Seit einiger Zeit werde über einen Austausch der gefangenen Memeldeutschen gegen einige in deutschen Gefangnissen sitzende Litauer verhandelt. Eine solche Lösung würde in London sehr begrüßt werden.

Kirchenbund gegen Moskau.

Rotterdam, 8. Jan. Der internationale Bund der Kirchen zur Verteidigung gegen den Bolschewismus auf moralischem und religiösem Gebiet veranstaltete am Dienstag in Rotterdam unter der Leitung von Pfarrer Dr. Kroop eine stark besuchte Kundgebung gegen die bolschewistischen Kirchenverfolgungen, der auch mehrere diplomatische Vertreter beiwohnten.

Als Ergebnis der Kundgebung wird am heutigen Mittwoch eine Denkschrift dem Völkerbundsssekretär V. von L. zugeandt. Darin wird unter Anführung zahlloser Beispiele aus der Presse über den Kampf der Bolschewisten gegen die Kirche und unter Darlegung vieler Fälle von unmenschlichen Folterungen, denen Geistliche unterworfen wurden, die sofortige Beilegung des von den bolschewistischen Machthabern auf kirchlichem Gebiete geschaffenen Zustandes gefordert.

Weiter heißt es in der Denkschrift: Solange die Sowjetunion nicht dem Völkerbund angehört, antwortete man auf unsere vielfältigen Gesuche, daß der hohe Rat sich nicht mit unserer Angelegenheit befassen könne, die außerhalb seiner Gerichtsbarkeit liege. Jetzt aber handelt es sich um eine dem Völkerbund angehörende Macht, gegen die sich unsere Klagen richten. Lassen wir die Drohung der Weltrevolution beiseite, die nach wie vor bestehen bleibt, übergeben wir die Arbeitsbedingungen, die nicht abweisen von denen, die die offen angenommene Sklaverei anderswo geschaffen hat, bleiben wir auf dem Gebiete der Gewissensfreiheit und des Autors, das besonders zum Gebiet der Kirche gehört: Wir sehen nicht, was sich beim Eintritt der Sowjetunion in dem Völkerbund geändert hat.

Die Denkschrift schließt: Wir wissen, daß nur ein Mitglied des Völkerbundes unsere Beschwerde auf die Tagesordnung des hohen Rates setzen kann, aber wir hoffen, daß sich unter den Vertretern der Völkerbundsstaaten, denen ihr Ruf nicht gleichgültig ist, wenigstens einer befindet, der sich zum Wortführer der aufs höchste beunruhigten Kirchen macht.

Protest gegen Russenanleihe.

Erbitterung in Frankreich gegen dieses dunkle Geschäft.

Paris, 8. Jan. (Drahtmeldung unseres Vertreters.) Vor einigen Wochen hatte die nationale Zeitschrift „Gringoire“ die Nachricht gebracht, daß die französische Regierung eine Anleihe in Höhe von 1 Milliarde Francs an die Sowjetregierung bewilligt habe. Die Anleihe soll unter Umgehung der Öffentlichkeit gewissermaßen heimlich von der Depot- und Konfignationskasse in Zusammenarbeit mit einigen Großbanken gegen fünfjährige Schatzscheine, die zu 80 v. H. vom Staat gegengedeckt werden, gegeben werden. Als Gegenleistung soll die Sowjetregierung die Berücksichtigung der französischen Exportindustrie zugesagt haben bei der Reorganisation des russischen Bahnwesens.

Die Nachricht hatte in der französischen Öffentlichkeit größtes Aufsehen und erbitterte Stimmung gefunden, da das französische Sparspublikum noch nicht den schweren Verlust verheimlicht hat, den es durch die russische Vorkriegsanleihe erlitten hat. Das französische Finanzministerium hat die Nachricht bisher nicht demontiert und trotz drängender Anfragen mehrerer großer französischer Zeitungen jede Auskunft verweigert. Inzwischen haben nationale französische Kreise eine große Protestbewegung gegen dieses heimliche Geschäft eingeleitet. Die Schutzvereinigung der französischen Gläubiger der ersten Auslandsanleihe hat gestern einen Protest an den Finanzminister eingereicht.

Gleichzeitig hat der sog. Verband der „von Sowjetrußland geschädigten Franzosen“ ein Telegramm an Laval und den Handelsminister gerichtet, um gegen den Abschluß eines französisch-russischen Handelsvertrages zu protestieren, mit der Forderung, daß ein solcher Vertrag nur gegen vorherige Regelung der russischen Schuld zugestimmt werde.

Todesurteile gegen Südtiroler rechtskräftig.

Bozen, 7. Jan. Der Kassationshof in Rom hat die Berufung der vom Bozener Schwurgericht seinerzeit wegen der Ermordung von mehreren italienischen Jollsoldaten auf der Planhütte in den Passaiherbergen verurteilten Südtiroler abgewiesen, wobei zwei Todesurteile rechtskräftig geworden sind. Es wurden damals die beiden Südtiroler Johann Gussler und Paul Hofer zum Tode verurteilt.

Mysteriöser Waffentransport.

Paris, 7. Jan. (Drahtmeldung unseres Vertreters.) Man erinnert sich noch der aufsehenerregenden Waffenschmuggellaffäre, die vor einigen Monaten das mysteriöse Verschwinden einer Waffensendung aus Le Havre aufdeckte. Jetzt hat sich ein ähnlicher Fall in Toulouse ereignet. Am 27. Dezember sind zwei Waggons vollbeladen mit Gewehren und Maschinengewehren von dem Artilleriepark von Clermont-Ferrand für das Artilleriearsenal nach Toulouse abgegangen. Mit Entsetzen stellten die Militärbehörden fest, daß am Bestimmungsbahnhof ein Wagon spurlos verschwunden war. Umfassende Nachforschungen legten ein, und sämtliche Grenzstationen Frankreichs wurden avisiert, da man annahm, daß unbekannte Täter versuchen würden, den Waffentransport ins Ausland zu verschleusen. Nun entdeckten die Finanzbeamten den schmerzlich gesuchten Wagon mit seiner gefährlichen und unversicherten Ladung auf einem toten Gleis im Bahnhof des Hafens La Nouvelle. Man nimmt an, daß die Waffensendung von hier aus nach Spanien gebracht werden sollte. Den Nachforschungen der Staatspolizei ist es bisher noch nicht gelungen, festzustellen, auf welche mysteriöse Weise es möglich war, daß ein Wagon ohne Wissen der Bahnbehörde spazierenfähren und in einem anderen Bahnhof auftauchen kann.

Judenfeindliche Kundgebungen

in einer Stadt Nordlitauens.

Rowno, 8. Jan. Wie erst jetzt bekannt wird, kam es dieser Tage in dem Städtchen Worny (Nordlitauen), dem Ort des damaligen litauischen Konzentrationslagers, während des Wochenmarktes zu schweren judenfeindlichen Ausschreitungen. 33 jüdische Einwohner kamen zu Schaden. Es soll 10 Schwerverletzte gegeben haben. Eine jüdische Abordnung wurde deshalb beim Innenminister vorstellig, der eine sofortige Untersuchung anordnete.

In Worny und Umgebung war es in den letzten Monaten schon wiederholt zu ähnlichen Zwischenfällen gekommen.

JUWEL im Großformat

ist nicht nur gut, weil sie eine neue Zigarette ist, JUWEL wird stets gut bleiben, weil für sie allzeit nur hochwertige, echt macedonische und türkische Tabake harmonisch abgestimmt zur Verarbeitung kommen. Vertrauen zu JUWEL bedeutet deshalb Sicherheit für jeden Raucher, stets eine gleichbleibend gute Zigarette zu erhalten OHNE MUNDSTÜCK UND MIT GOLDMUNDSTÜCK

In 5- u. 10-Stück-Packgn. zu 20 u. 40 Pfg., 25-Stück-Blech- u. 50-Stück-Geschenk-Packgn. zu 1 RM u. 2 RM überall erhältlich MIT ECHTEN GROSSEN FOTOS (85 x 65 mm) WUNDER DES SEGELFLUGES



GREILING AG DRESDEN



Aus Karlsruhe

Mittwoch, den 8. Januar 1936

52. Jahrgang

Revolution der Noten.

Epilog auf den Fünfer — Die Vier übernimmt sein Erbe — Aber ungenügend bleibt ungenügend.

Unlängst wurde bekanntlich auch für das badische Unterrichtsweesen eine einheitliche Zensurenregelung eingeführt, derart, daß die Fünf als schlechteste Note „ungenügend“, genannt der Fünfer, von der Vier, dem seitherigen „hinlänglich“ und nunmehrigen „ungenügend“, abgelöst wurde. Im Weichenheitszeugnis trat diese Neuerung erstmals in Erscheinung, und an Ostern kommt zum erstenmal bei der Berechnung die neue Skala in Anwendung. Bisher war der Vierer als „hinlänglich“, vor allem in Mittelschulen, eine relativ erstrebenswerte Zensur. Bevor uns nun die Vier als Beariff des „ungenügend“ in Fleisch und Blut übergeht, sei dem Fünfer das Grablied gesungen. Die Vier übernimmt sein Erbe.

Du standest drohend als grimmiger Feind auf dem Kampfbahnen unseres Schülerlebens, wurde ebenso oft nach erbittertem Ringen besieg, wie du selbst niederringend, deine Herrschaft, deine Tyrannis aufrechterhieltst — Fünfer! Noch heute erscheinst du uns bisweilen im Traum, schreckend und alpdrückend, Ausdruck einer feindlichen Welt, Symbol der Schwäche, Vellebade ewig kriegerischer Zensuren, Zeichen der Bewährung, Schandfleck fürs Leben! Fünfer, dein Ständlein hat nun geschlagen...

Wenn du im Anmarsch warst, erstickte das „ungenügend“. Plagte dein wohlgenährter Ziffernband ins Hest oder ins Zeugnis, so brach die Verzweiflung herein. „ungenügend“ hießest du sozusagen im Zivil, „fünf“ schmeterte die Todesfanfare deiner militanten Aufmachung, und weder die eine noch die andere Bezeichnung konnte an der Tatsache etwas ändern, daß der Zensurerte erledigt war. „ungenügend“ leuchtete es ihm mit tot-höhnender Lunte entgegen, „fünf“ sagte der Lehrer im Mündlichen, „fünf, ungenügend“ vernichtete manchmal für längere, manchmal für längere Zeit so wohlherhoffte Ausichten. Erledigt — du bist dumm, warst laul, kannst nichts, wirst nichts, laß dir dein Schulgeld ausbezahlen, fünf! Fünf! Ungenügend!

Nicht umsonst warst du, Fünfer, der Fünfer. Im Detailssystem bildete deine Größe den Abschluß der ersten Hälfte, die mit der Eins, deinem positiven Gegenpol, begann und, über dich hinauschießend, dich ins Groteske verzerrte, mit dem „Ganz ungenügend“, der Sechse, dem „Sechser“, endigte. Die Sechse war überflüssig wie nur etwas auf der Welt. Wer tot ist, ist tot. Daß er ganz tot ist, glaubt man ihm gerne. Würdest du, Fünf, als die letzte Schlussfolgerung des Professors gefüllt, war die Leistung ungenügend, die Quartalsnote fünf, so war der Schüler unbedingad erledigt. Ungenügend er konnte ja keinen Sinn haben, höher als tot kann man nicht sein, warum denn ganz ungenügend, wenn ungenügend schon genügt? Doch machtest du dir nichts daraus, ob das Präfix „ganz“ dich defaßtrös vor-

auszierte. Deine Non-Archie war anerkannt, unbefritten, gesetzlich verankert, und wer dich doppelt im Fahrzeugschein vorfand, der blieb sitzen. Du gibst es, Fünfer, wohl selbst zu: die Sechse war neben dir nicht dafefinsberechtigt und existierte nur als Hahaßdruck ganz finstiger Pädagogen, die ihre Wollust daran fanden, einen Faulpelz, einen ganz dummen Kerl gehörig zu brandmarken. Für immer zu erledigen, ihn dem Gespöht der Welt preiszugeben, ihm den Wiederaufstieg unmöglich zu machen. Demgegenüber warst du, Fünfer, immerhin noch eine Größe, mit der sich reden ließ. Du bildestest geradezu, im Gegensatz zum Sechser, die Bescheinigung einer ehrenvollen Unterlegenheit. Man konnte sich, im Gegensatz zum Sechser, mit dir noch sehen lassen, du standest uns menschlich näher, trotz allem. Jawohl, unbedingt.

So konnte es auch kommen, daß die Schüler von „gerechten“ und „ungerechten“ Fünfern sprachen. Hierin lag auch der Unterschied, wie dich die Lehrer, wie dich die Schüler empfanden. Für jene warst du die Fünf, ohne irgendwelche Konfession. Diesen aber schien dein wirklicher Charakter mit allen Feinheiten wohl vertraut. Du konntest, wie gesagt, „gerecht“, du konntest „ungerecht“ sein. So warst du verdient, wenn die Leistung uns selbst, ehrlich eingestanden, als unmaßlich vorfam. Unverdient empfanden wir dich, wenn wir „reingefallen“ waren, wenn wir, trotz aller Vorbereitung, an einer Fußangel im Geßtripp der Wissenschaften fruchteten, oder wenn, wie wir in Schöndereien uns vorzuluferten versuchten, der Lehrer Ausnahmen machte. Wegen dem und dem — nein, da hätte der Müller noch einen Vierer getriegt, mir natürlich brummt er einen Fünfer auf...

Ob „gerecht“ ob „ungerecht“, war des Schicksals Würfel dergestalt gefallen, daß bald dein mit Sorgfalt hingemaltes Bild, bald deine in Eile und wie mit widerwärtigen Empfindungen gesudelte Ziffer oder dein „Civil-Konterfei“ als „ungenügend“ neben dem Datum des Zensurats grünte oder daß im Unterricht deine Schreckensfrage nach vokaler Verkündigung im Notenbuch Form und Gestalt annahm, es war und blieb ein Fünfer.

Wir meinen dir keine Träne nach. Wohl gehörtest du zu den Begleitererscheinungen unseres Schülerdaseins und warst deshalb bei dem einen mehr, bei dem andern weniger ein Stück Jugend, ein Stück Kindheit, der schönsten Zeit des Lebens. Doch dürfte es zu den Ausnahmen zählen, wenn dich jemand nur deshalb mit Bedauern aus deiner Position scheiden sieht.

Während nun dein Gesicht nur noch in Akten und Archiven, in sorgfältig gehüteten privaten Hefte-Sammlungen weiterexistiert (wenn auch mumifiziert, so doch konserviert), scheint es uns, als ob du nur dein Aussehen verändere, andere Form und Gestalt angenommen hättest. Denn, so wie früher, wird auch heute das Leben die Zensuren fällen: Genügend, ungenügend!



Deshalb sollst Du Opfer bringen!

Hausfrauen der Stadtteile Südstadt, Südweststadt und Hauptpost!

Opfere für die Fund- und Kleidersammlung!

Heute Mittwoch, den 8., und morgen Donnerstag, den 9. Januar, beginnt in der Südstadt die Fund- und Kleidersammlung, daran anschließend in der Südweststadt und im Stätteil Hauptpost.

Deutsche Hausfrauen! Durch Euer Opfer, das Ihr bisher bei der Fund- und Kleidersammlung gebracht habt, konnte der Leitspruch des Winterhilfswerks „Niemand darf hungern und frieren“ verwirklicht werden.

Viele Männer, Frauen und Kinder, die vom BSH. betreut werden, denken in Dankbarkeit an Euch, die Ihr immer bereit seid, Opfer zu bringen, um die Not und Sorgen der armen Volksgenossen zu lindern.

Noch ist der Winter nicht vorüber. Zeigt auch im neuen Jahre Eure Verbundenheit mit den Ärmsten des Volkes, damit dieselben dem Volke nicht nur erhalten werden, sondern Kräfte sammeln für den baldigen Tag, wo auch sie wieder wertvolle Menschen der Arbeit werden.

Dein Opfer dem BSH!

Opfere für die Fund- und Kleidersammlung!

Der Kreisbeauftragte des BSH.

Festigung der Karlsruher Briefmarkensammler.

Briefmarkensammler.

Wie im ganzen Reich hatten sich gestern abend, am Tage der Briefmarke, auch in Karlsruhe die Freunde der Philatelie im Saale III der Schremp-Gaststätten zu einer Festigung zusammengefunden, die sich eines außerordentlichen Besuches erfreuen konnte. Die in ihrem Programm abwechslungsreiche und unterhaltende Veranstaltung stand ganz im Zeichen der Briefmarke. Während ein Hausquartett durch den Vortrag einiger klassischer Werke erfreute, behandelten die Vorkisenden der beiden Karlsruher Sammlervereine in ihren Ansprachen Themen der Briefmarkenfunde. Professor Dr. Förger sprach in Kürze über die Bedeutung des Tages der Briefmarke und gab dann eine kleine psychologische Würdigung des Briefmarkensammlers, in dem sich das Streben zum Sammeln und der nordische Zug in die Ferne in glücklicher Weise vereinigen. Eisenbahndirektor Dr. H. D. D. sprach über geschichtliche Einzelheiten der badischen Post, wie er sie aus seinen umfangreichen Forschungen kennen gelernt hat, und richtete einen Appell an Alle, etwa vorhandene alte Postdokumente der zu gründenden Badischen Poststudie zur Verfügung zu stellen. Rezitationen und gemeinsame Lieder waren ebenfalls auf die Briefmarke abgestellt. In einem aufschlußreichen und interessanten Lichtbildervortrag führte Professor Förger die Anwesenenden in einer gefälligen Plauderei an Hand der Briefmarkenbilder durch die Weltgeschichte, deren kulturelle Entwicklung auf den Briefmarken ihren Niederschlag gefunden hat. Postrat Quatz, der Referent für die Poststudie, überbrachte die Grüße der Reichspostdirektion Karlsruhe und dankte noch einmal für die der Poststudie überlassene wertvolle Gabe, die mit zum Grundstock des Karlsruher Postmuseums gehöre.

Celloabend Mainardi. Heute Mittwoch, den 8. Januar, abends 8 Uhr, spielt im Mung-Saal der Solocellist der Berliner Staatsoper Professor Enrico Mainardi zum erstenmal in Karlsruhe unter Mitwirkung von Ritty von Teuffel, unserer einheimischen hervorragenden Pianistin. Die sehr interessante und abwechslungsreiche Vortragsfolge beginnt mit der 2. Cello-Klaversonate von Brahms, es folgt die große Solo-Suite in G-Dur von Bach, die in 7 Sätzen dem Konzertgeber Gelegenheit geben wird, sein Können unter Beweis zu stellen. Es dürfte nur ganz wenige Cellisten geben, die befähigt sind, dieses Solowerk technisch und geistig erschöpfend wiederzugeben. Eine wundervolle Cellofonate von Vocatelli, dem großen italienischen Meister des 17. Jahrhunderts, folgt. Eine Gruppe von kleineren Stücken alter und neuerer Werke bringt die virtuose Note ins Programm.

Aus dem Stadgarten.

Der reichliche Schneefall vor Weihnachten machte auch im Stadgarten mehrer Tage das Rodeln möglich, von dem reichlich Gebrauch gemacht wurde. Von der Brücke aus veruchten die Kleinsten, oft unter Anleitung ihrer Mama, in die Praxis des Rodelns einzudringen, während vom Lauterberg herab die Fortgeschrittenen und Meister den gefunden und nervenstärkenden Sport betrieben. Mit der Eisbahn ging es wieder so, wie in vielen früheren Jahren. Nachdem die Eisdecke so stark geworden war, daß in wenigen Tagen mit einer Eröffnung der Bahn gerechnet werden konnte, trat Tauwetter ein und ließ wieder alles zu Wasser werden.

In den Schauhäusern haben die farbenprächtigen Christbäume verblüht; jetzt sind die Alpenveilchen an der Reihe, den Besuchern zu erfreuen. Der Pflanzenfreund bewundert an ihnen die eigenartigen Farben und Formen, wenn sie auch nicht leuchtend und loden wie die ersten. Im Tiergarten herrscht in dieser Jahreszeit im allgemeinen Ruhe, obwohl die Hirse noch in der Brunst stehen und die Schwäne und Enten schon wieder mit ihrem Lärmen beginnen. Leider hat die Eisbärin, wie früher die Löwin in Wien, ihr Junges nach der Geburt „aus lauter Liebe“ gleich aufgefressen.

Goldene Hochzeit. Der Oberbürgermeister hat den Kirchen-diener a. D. Friedrich Bauer Eheleuten hier anlässlich der Feier der goldenen Hochzeit ein Glückwunschschreiben nebst Ehrengabe überfandt.

Ein nettes Fräulein. Ein 14 Jahre alter Jungenjunge von hier nahm am 6. Januar in dem Ladengeschäft seines Vaters an einem 5 Jahre alten Mädchen unächttige Handlungen vor. Er wurde festgenommen, dem Jugendrichter vorgeführt und in das Bezirgsgefängnis I eingeliefert.

Autobrand. In der Verderstraße geriet gestern ein Kraftwagen beim Anfahren des Motors in Brand. Die herbeigerufene Feuerwehr brauchte nicht mehr in Tätigkeit treten, da der Brand inzwischen von Passanten gelöscht wurde. Der entstandene Sachschaden beträgt etwa 300 RM.

Verkehrsfänder. Wegen Uebertretung der Reichs-Strafen-Verkehrsordnung wurden vom 7./8. Jan. 1936 gebührenpflichtig verurteilt bzw. angezeigt: 2 Fußgänger, 5 Fuhrwerkslenker, 78 Radfahrer, 56 Kraftfahrer.

Schnellverfahren. Dem Polizeipräsidium wurden zur Aburteilung im Schnellverfahren vorgeführt: 2 Personen wegen Uebertretung der Reichs-Strafen-Verkehrsordnung.

Festnahmen: 1 Person wegen Sittlichkeitsverbrechen, 1 Person wegen Notzucht, 1 Person wegen Diebstahls, 1 Person wegen Zechbetrugs, 1 weibl. Person wegen Uebertretung des § 361 Ziff. 6 R.Str.G.B., 2 Personen zur Strafverfolgung.

Arbeitsdienstplicht der Abiturientinnen.

Die Deutsche Studentenschaft teilt mit: Die Bestimmungen über die Arbeitsdienstplicht der Abiturientinnen können erst im Laufe des Monats Februar 1936 herausgegeben werden. Meldungen und Anfragen, die jetzt eingehen, sind zwecklos. Die genaue Regelung wird durch Schulen und Presse rechtzeitig bekanntgegeben.

Baldur von Schirach spricht in Karlsruhe.

Wie im Jahre 1935 finden auch zu Beginn des Jahres 1936 wiederum in allen Gebieten große Kundgebungen der Hitler-Jugend statt, an denen sämtliche Führer und Führerinnen bis einschließlic Scharführer teilnehmen und die Beschele und Richtlinien für die Arbeit des neuen Jahres in Empfang nehmen. Auf jeder dieser Tagungen spricht der Reichsjugendführer oder sein Stellvertreter. Der Reichsjugendführer Baldur von Schirach wird am 26. Januar in Karlsruhe sprechen.

„Die religiöse Krise der Gegenwart.“ Zu den Vorträgen, die Professor Horneffer über diesen Gegenstand halten wird, sei vermerkt, daß diese wissenschaftlich-philosophischen Vorträge keiner der bekannten Richtungen der heutigen religiösen Bewegungen dienen wollen, sondern vom Standpunkt der Philosophie aus die religiösen Probleme zu klären suchen und jeder Richtung überlassen, wie weit sie die vorgetragenen Ideen verwerten. Der erste Vortrag „Der alte Gott“ behandelt nicht nur die alttestamentliche Gottesidee, sondern gibt einen Ueberblick der Gottesidee durch die gesamte Geistesgeschichte von der Religion der Naturvölker bis in die Gegenwart. — Der zweite Vortrag: „Der neue Gott“ versucht diejenige Gottesidee zu entwickeln, die dem heutigen Zeitgeist entspricht. — Die beiden Schlussvorträge „Die wahre Jugend“ und „Das wahre Glück“ suchen diese religiösen Ideen auf das praktische Leben anzuwenden. — Die Vorträge finden jeweils am Donnerstag statt, beginnend mit Donnerstag, den 9. Januar, abends 8 Uhr, im Mung-Saal. Die Karten sind erhältlich bei Kurt Neufeldt.

Wertpapier- und Warenmärkte.

Berlin: Uneinheitlich.

Berlin, 8. Jan. (Frankf.) Beim Beginn der Börse konnte sich eine klare Tendenz nicht herausbilden. Bei den ersten Minuten blieben die Kursbewegungen im Ausmaß von ...

m Verlauf fest.

Im Verlauf setzte sich, ausgehend von der Fortsetzung der ... die allgemeine Bessigung durch. Sie wurde durch einige Sonderbewegungen kräftig gefördert.

Die Aktienmärkte beruht auf freundlicher Grundstimmung. ... Die Aktienmärkte beruht auf freundlicher Grundstimmung.

Berliner Getreidegroßmarkt.

Berlin, 7. Jan. (Frankf.) Die Zufuhren der Landwirtschaft sind im großen und ganzen nur mäßig, wenn auch ...

Table with columns for 'Weizen märk.', 'Roggen märk.', 'Gerste märk.', 'Hafer', etc., showing prices for various grades and quantities.

Table with columns for 'Weizen Typ 700', 'Weizen Typ 750', 'Weizen Typ 800', etc., showing prices for different wheat types.

Schlachtvieh- und Nutztiermärkte.

Berlin, 7. Jan. (Frankf.) Aufgabungen 155 Berkel, 28 Käufer, 28 Verkäufer. Verkauf wurden 110 Berkel und 10 Käufer. ...

Baumwolle.

Bremen, 8. Jan. (Frankf.) Baumwolle-Schlusskurs. American Middling Uniform Standard 28 mm loco per engl. Pfund ...

Jutemarkt.

Berlin, 7. Jan. (Frankf.) Rohjute. Berliner Jute kostet: Des-Jan-Berichtsbilanz 20,5 je Ton. ...

Rechtslage des Zwecksparrers.

Nachdem durch das Gesetz vom 13. Dezember 1935 die Zwecksparrunternehmungen aufgelöst worden sind, ...

Die Abgabe von Gefrierfleisch.

DNB Berlin, 8. Jan. Wie bereits angekündigt, steht im Januar die Abgabe von Gefrierfleisch ein. ...

Das Gefrierfleisch wird in den städtischen Schlachthöfen ... und in den städtischen Schlachthöfen aufgetaut.

Großhandelsindex.

Die Kennzahl der Großhandelspreise stellt sich im Monatsdurchschnitt Dezember auf 103,4 (1913 gleich 100). ...

Deutscher Ton als Ausführware. Amerika, das vor dem Weltkrieg der beste Abnehmer feuerfesten Tones aus Deutschland war, tritt in letzter Zeit wieder in verstärktem Maße als Käufer auf.

Neubauaufträge für die Fried. Krupp - Germaniawerft Kiel. Die Atlas Levante-Linie, Bremen, erstattet der Germaniawerft Auftrag für den Bau eines Fracht- und Fahrgastmotor Schiffes von 7000 Tonnem Tragfähigkeit.

Metalle.

Berlin, 8. Jan. (Frankf.) Metallnotierungen für je 100 kg. Elektrolyt Kupfer prompt in Hamburg, Bremen oder Rotterdam ...

Geld- und Devisenmarkt.

Berlin, 8. Jan. (Frankf.) An den internationalen Devisenmärkten herrscht nach wie vor eine gewisse Unklarheit und Unregelmäßigkeit. ...

Table titled 'Berliner Devisennotierungen' showing exchange rates for various currencies like Gold, Dollar, etc.

Table titled 'Berliner Notenbörse' showing stock market data for various companies and indices.

Table titled 'Berliner Devisennotierungen am Usancenmarkt' showing international exchange rates.

Table titled 'Zürcher Devisennotierungen vom 8. Januar 1936' showing Swiss exchange rates.

Kursbericht aus Berlin und Frankfurt 8. Januar 1936.

Large table with multiple columns listing various stocks and bonds from Berlin and Frankfurt, including company names and prices.

Frankfurter Kassakurse

Table listing Frankfurt exchange rates for various currencies and commodities, including gold, silver, and foreign currencies.

Small text at the bottom of the page containing publication information and possibly a printer's mark.

Mittwoch, den 8. Januar 1936



34. Fortsetzung.

Sie berührte den Schalter; die plötzliche Helle griff schmerzhaft in ihre Augen und erschien ihr wie ein aus dem Dunkel gefommenes taufendäugiges Phantom...

um ihrer toten Mutter willen geschah. Niemand konnte sie deshalb verachten. Sie ging in die Küche, um Teewasser aufzusetzen...

Er seufzte melancholisch. „Gestern träumte ich von einer Schwiegermutter und einem Storch“, fuhr er frivoll fort...

Bei Schlaflosigkeit SOLANUM! Leicht erregbaren Nerven d. ungeschliffenen...

Bei Bronchitis Hustenqualen, Verschleimung Dr. Boether-Tabletten das erprobte Spezialmittel!

Massage Schönheitspflege, med. Bäder, Höhenmassage FRIDA LACKNER

Brennholzverkäufer des Fortkams Rotenfels am Freitag, den 10. Jan. 1936, vorm. 8.30 Uhr...

Steine Angehen Baden größten Erfolgs in der Badischen Presse.

Zu verkaufen Bettwäsche gänzlich f. d. Ausst. 1/2 Duz. Damastbezug...

Sterbefälle in Karlsruhe. 4. Januar: Reinhold Martin, Vater: Theodor, Bürogehilfe, 5 Jahre.

Immobilien Rentenhaus schönes Objekt, helle Lage, zu ver. Ang.

Freistehendes Haus mit schönem Garten in besser Lage einer wirtschaftlich aufstrebenden Stadt...

Kleiner Wirtschaftsanwesen bei 4-5000 Einwohnern von Privat zu kauf. gel. Ang.

Altpapier Keller- u. Speicherkammern, Kleinfächer etc. faustweise zu verkaufen.

An- und Verkäufe von Kraftwagen u. Motorrädern

Selbstfahrer Auto-Hasler Sollenstr. 115 Telefon 7815

Zu verkaufen Omnibusse Zwei gut erhaltene zu verkaufen.

Zu verkaufen 3,5 Tonnen Bülling-WAG Diesel-Prüfungswagen in Fernverkehrsverfassung...

Zigarrengeschäft je nach gel. (evtl. m. Bohnen), was. Fernab. sofort preisgünstig zu verkaufen.

Gastwirtschaft mit großen Wirtschaftsräumen und Saal zu vorzuleistenden Bedingungen...

Geheimtisch mit 2 Etagen in alterlicher Geschäftslage, unter günstigen Bedingungen zu verkauf.

Funkprogramme vom 9.-11. Januar. REICHSENDER STUTTGART

Table with 4 columns showing radio programs for Wednesday, Thursday, and Friday, including stations like Stuttgart, Karlsruhe, and Baden.

DEUTSCHLANDSENDER

Table with 4 columns showing radio programs from various German cities like Berlin, Hamburg, and Frankfurt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

